

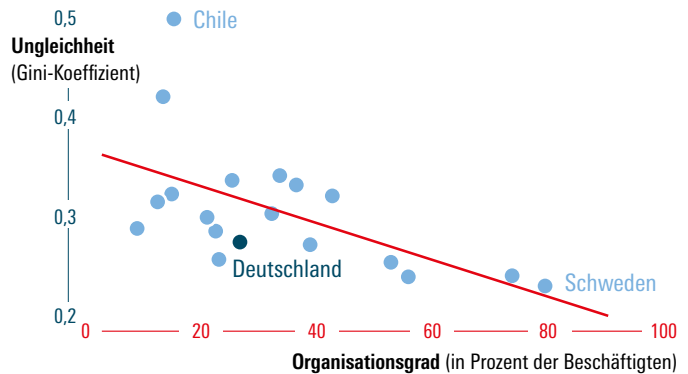
Organisiert gegen Ungleichheit

Starke Gewerkschaften verhindern, dass die Einkommen auseinanderdriften.

Gewerkschaften sorgen dafür, dass auch die Beschäftigten am unteren Rand der Firmenhierarchie anständig bezahlt werden. Dadurch verringern sich die Einkommensunterschiede in der Gesellschaft. Das sehen allerdings nicht alle Ökonomen so. Anhänger vollkommen unregulierter und flexibler Märkte argumentieren: Gewerkschaften heben das Lohnniveau ihrer Mitglieder über den Marktpreis, was zu weniger Beschäftigung führt. Das Ergebnis ist nach dieser Theorie mehr Arbeitslosigkeit – und damit mehr Ungleichheit. Der Wirtschaftswissenschaftler Dierk Herzer, Professor an der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg, hat empirisch untersucht, wer recht hat. Sein Ergebnis: „Länder mit geringerem Organisationsgrad tendieren zu höherer Ungleichheit“.

Seine Untersuchung basiert auf Zahlen aus der Datenbank des Amsterdam Institute for Advanced Labour Studies, die Angaben zur Mitgliederstärke der Gewerkschaften enthält, und der Standardized World Income Inequality Database, die von der Universität Iowa gepflegt wird. Für den Zeitraum von 1986 bis 2010 konnte Herzer mithilfe dieser Quellen den gewerkschaftlichen Organisationsgrad der Beschäftigten sowie die Ungleichheit der Nettoeinkommen in 20 Ländern rekonstruieren. Darunter sind die meisten westeuropäischen Staaten wie Deutschland, Frankreich oder Großbritannien, aber auch die Türkei, Südkorea oder Kanada. Die größten Einkommensunterschiede weist Chile auf, die geringsten Schweden. Dort

Mehr Gewerkschafter, weniger Ungleichheit



Quelle: Herzer 2016 Grafik: bit.do/impuls0350 Daten: bit.do/impuls0351

Hans Böckler
Stiftung

sind mit fast 80 Prozent gleichzeitig die meisten Arbeitnehmer in einer Gewerkschaft. Im Durchschnitt aller Länder zeigen sich während des 25-jährigen Untersuchungszeitraums eine klare Zunahme der Ungleichheit und ein Rückgang des gewerkschaftlichen Organisationsgrades.

Detaillierte statistische Auswertungen machen deutlich, dass zwischen beiden Variablen ein klarer Zusammenhang besteht. In den meisten Ländern gehen rückläufige Mitgliederzahlen der Arbeitnehmerorganisationen und die Zunahme der Ungleichheit Hand in Hand. Dabei ist die Wirkungsrichtung nach der Analyse des Forschers nicht eindeutig: Sind die Gewerkschaften einmal geschwächt, wachsen die Einkommensunterschiede, gleichzeitig gilt aber: Höhere Ungleichheit führt zu einem geringeren Organisationsgrad.

Nicht beobachten ließ sich der geschilderte Zusammenhang in Ländern mit relativ wenig organisierten Beschäftigten wie in Chile, der Türkei, aber auch Frankreich. <

Quelle: Dierk Herzer: Unions and Income Inequality: A Heterogeneous Panel Co-integration and Causality Analysis, in: LABOUR, März 2016 (online)

Nicht noch mehr Geld für Riester

In der gegenwärtigen Form kann die Riesterrente die Lücke in der Altersvorsorge nicht schließen. Die Politik sollte den Schwerpunkt auf die gesetzliche Rente legen.

Rund elf Millionen Personen in Deutschland „riestern“. Die Summe der staatlichen Förderung wird auf rund 3,5 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt. Trotz dieses stattlichen Betrags zieht sich der Staat nach und nach aus der Förderung zurück, zeigt eine Studie des WSI-Forschers Florian Blank. Der Wissenschaftler hält das aber für keinen Nachteil, weil die Riesterrente nie gehalten habe, was sie versprach. Vielmehr sieht Blank die Möglichkeit, die geförderte private Alterssicherung „auszuschleichen“.

Weil die verschiedenen Zulagen nicht automatisch an die Preisentwicklung angepasst werden, gehen die Förderbeträge real zurück. So sank der preisbereinigte Wert der Grundzulage zwischen 2008 und 2015 von 154 auf 142 Euro, die Kinderzulage von 300 Euro war real zuletzt nur noch 277 Euro wert.

Für Neusparer sei damit der Anreiz gesunken, Riesterverträge abzuschließen, so Blank. Wer bereits riestert, bekommt

real betrachtet jedes Jahr weniger vom Staat dazu. Gleichzeitig müssen Sparer, die Wert auf die volle öffentliche Förderung legen, ihren Eigenbeitrag regelmäßig erhöhen.

Im Ergebnis verliert die Riesterrente gerade für Bezieher niedriger Einkommen an Reiz. Es entstehen weitere Vorsorgelücken. Anstatt nun aber mit höheren Zulagen gegenzusteuern, sollte die Chance zu einem Ausstieg genutzt werden, argumentiert Blank. Es sei zu fragen, „ob das Geld nicht sozialpolitisch sinnvoller eingesetzt werden“ kann. Konkret hält er die Rückkehr zu einer starken, gesetzlichen Rentenversicherung für das beste Modell. Nicht zuletzt das Beispiel Österreich zeige die Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Rente als zentrale Säule der Alterssicherung. <

Quelle: Florian Blank: Einstieg in den Ausstieg? – Die Entwicklung der Förderung der „Riester-Rente“, in: Sozialer Fortschritt 4/2016